



## Verkehrsamt soll ausgelagert werden

**Digitalisierung** Regierungsrat Philippe Müller will aus dem Strassenverkehrsamt eine öffentlich-rechtliche Anstalt machen. Damit wäre die Behörde flexibler – doch der politische Einfluss auf sie würde sinken.

**Carlo Senn**

Drohntaxi, die durch die Lüfte schwirren, und selbstfahrende Autos auf den Strassen: Das ist die Zukunft der Mobilität. So sieht es zumindest der bernische Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP).

Doch er befürchtet, dass sein eigenes Amt «die kommenden Herausforderungen nicht bewältigen kann». Dem Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamt (SVSA) könnte deshalb ein grosser Wandel bevorstehen. Das Amt im Berner Wankdorf, das derzeit noch Lernfahrausweise aushändigt und Autos prüft, will der Sicherheitsdirektor in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umwandeln. Damit ist es nicht mehr direkt der Verwaltung angeschlossen, bleibt aber im Besitz des Kantons – eine Privatisierung ist vom Tisch. Die Transformation soll 5,5 Millionen Franken kosten.

Obwohl der Grosse Rat das Anliegen bereits im November aus Spargründen knapp abgelehnt hat, bringt Müller die Auslagerung wieder auf das politische Parkett. Sie sei bei diesem Amt möglich, weil es weitgehend unpolitisch sei. Ein ähnliches Vorhaben beispielsweise der Polizei oder der Gefängnisse ist laut Müller «unmöglich».

### Nur noch fünf Strassenverkehrsbehörden

Damit disqualifiziert Müller sein eigenes Amt, sich aus eigener Kraft für die Zukunft zu rüsten. Das stösst auf Kritik. «Wenn die Verwaltung ineffizient ist, ist es die Aufgabe des Regierungsrates, sie effizienter zu machen»,

sagt dazu Ursula Marti, SP-Grossrätin und Gegnerin des Projekts. Dass Prozesse mit politischer Komponente länger dauern, sei klar: «Es handelt sich um ein wichtiges Amt, das nahe bei der Politik bleiben sollte», sagt Marti. Zudem hat der Kanton erst vor kurzem angekündigt, verwaltungsintern bei der Digitalisierung vorwärtzumachen.

Müller betont, dass die Ineffizienzen nicht an den Mitarbeitenden liegen würden: Ein Angestellter sei nur so effizient wie der Rahmen, in dem er agiere. «Die Mühlen in der Verwaltung mahlen nun mal langsamer», sagt er.

Müller nennt noch weitere Vorteile, welche eine Auslagerung mit sich bringen würde. So könne der Kanton «aus einer Position der Stärke» heraus agieren. Es ist zu erwarten, dass der Föderalismus bei den Verkehrsämtern auf dem Rückzug ist – dem stimmen auch politische Gegner zu. «In zwanzig Jahren gibt es schweizweit etwa fünf Strassenverkehrsbehörden», ist Müller überzeugt. Jetzt sei der Moment, die Weichen zu stellen, um später eines dieser fünf Ämter zu sein und somit die Arbeitsplätze in der Region zu halten.

Eine Auslagerung hätte noch einen weiteren positiven Effekt für Müller: Dem unumstrittenen 75-Millionen-Neubau des Strassenverkehrsamtes in Münchenbuchsee droht wegen der klammen Finanzlage eine Verzögerung. Ein ausgelagertes Amt könnte den Neubau mehrheitlich selbst finanzieren, ohne die bernische Investitionsrechnung zu

belasten – und wäre somit rascher gebaut.

### Kanton Freiburg dient als Vorbild

Als Vorbild für die neue öffentliche Anstalt dürfte insbesondere das Strassenverkehrsamt des Kantons Freiburg dienen. Dieses ist bereits seit 1997 eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Dort konnten nach der Auslagerung die Gebühren gesenkt werden. Auf Anfrage

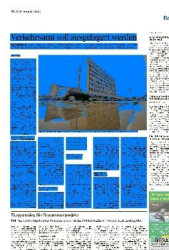
## «Die Mühlen in der Verwaltung mahlen nun mal langsamer.»

### Philippe Müller (FDP)

Sicherheitsdirektor des Kantons Bern

bestätigt das Strassenverkehrsamt Freiburg, dass die Gebühren im Vergleich zum Rest der Schweiz ein Viertel unter dem Durchschnitt liegen. 2014 schrieb der Freiburger Staatsrat voll des Lobes davon, dass kein anderes Strassenverkehrsamt in der Schweiz so effizient sei und gleichzeitig so tiefe Gebühren erhebe.

Dass die Gebühren für die Kundinnen und Kunden im Kanton Bern auch sinken, kann Müller nicht bestätigen – es bestehe jedoch das Potenzial dafür. Zudem rechnet er mit einem Effizienzgewinn der Anstalt im Umfang von 1,5 Millionen Franken jährlich. Ein weiteres Beispiel für eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist die Gebäudeversicherung (GVB) des Kantons Bern. Sie hat das Mono-



pol für Versicherungen auf die 400'000 Gebäude im Kanton. Die Dienstleistungen sind über eine Leistungsvereinbarung geregelt. Analog würde diese vom Regierungsrat für das Strassenverkehrsamt ausgearbeitet. Der ausgeweitete Spielraum der GVB führt allerdings ab und zu auch zu Problemen: Die kantonale Versicherung ging beispielsweise mit einer Versicherung auf Kundenfang, die sie gar nicht hätte anbieten dürfen.

### **Kosten sinken nicht zwingend**

Wie sinnvoll ist also die Ausgliederung aus der Verwaltung? Einige Argumente für die Auslagerung kann Adrian Ritz, Professor für Public Management an der Universität Bern, nachvollziehen.

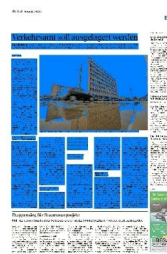
«Es ist sicher richtig, diese Auslagerung zu prüfen», sagt er auf Anfrage. Laut Ritz haben die kantonalen Verwaltungen in der Schweiz bereits in den letzten Jahrzehnten versucht, effizienter zu werden. «Doch diese Reformen sind mehrheitlich gescheitert», sagt Ritz. Dennoch seien die Schweizer Verwaltungen im internationalen Vergleich «schlank und leistungsfähig».

Eine Auslagerung bringt allerdings auch Nachteile mit sich: «Der direkte Einfluss der Politik auf das Strassenverkehrsamt sinkt natürlich», sagt Ritz. Beides kann es nicht geben: mehr Spielraum bei Entscheidungen und viel politische Einflussnahme.

Ob die Kosten mit der neuen Struktur tatsächlich sinken, ist

aus Sicht von Ritz «nicht gesichert». Auch die Überschüsse, die an den Kanton ausgeschüttet werden, könnten zurückgehen. Derzeit ist das SVSA nämlich eines der wenigen Ämter in der Kantonsverwaltung, das profitabel ist: So hat es 2020 gemäss einer Berechnung 8 bis 9 Millionen Franken Überschuss erzielt. Eine öffentlich-rechtliche Anstalt wäre wohl daran interessiert zu investieren, statt dem Kanton auszuschütten, so Ritz.

In der Sommersession legt Müller dem Kantonsparlament das Normkonzept vor. Dann entscheidet sich, ob das Projekt weiterverfolgt wird. Dagegen dürfte sich insbesondere die Ratslinke aussprechen.



Noch ist das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt im Berner Wankdorf ein Teil der Verwaltung. Ändert sich das bald? Foto: Beat Mathys